

Anno ... 32. Woche

1920, 10. August: Das letzte Abkommen des »Versailler Systems« der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, der Friedensvertrag von Sèvres, wird zwischen der Entente und dem türkischen Sultan Mehmet VI. geschlossen. Das Osmanische Reich wird damit aufgelöst. Die Türkei muß den europäischen Teil der Dardanellen und Izmir an Griechenland, den Dodekanes an Italien abtreten. Syrien und Libanon werden französisches, Palästina und der Irak britisches Mandatsgebiet. Die arabische Halbinsel, Armenien und Kurdistan werden formal selbständig. Die Entente kontrolliert die Finanzen und das Budget des Landes. Der Sultan unterzeichnet den Vertrag. Schon zuvor hatte die nationale Befreiungsbewegung, angeführt von Mustafa Kemal Pascha, eine eigene Regierung in Ankara gebildet und sich gegen den imperialistischen »Friedensvertrag« gewandt.

1955, 10. August: Das Bundeswirtschaftsministerium verfügt eine Liefersperre für Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie in die DDR wegen angeblicher »Verschuldung« des Landes im innerdeutschen Warenverkehr und der Nichteinhaltung von Terminen im innerdeutschen Handel. In Wirklichkeit hat die DDR ein Aktivsaldo von 18 Millionen Verrechnungseinheiten.

1970, 12. August: Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel für die BRD sowie Ministerpräsident Alexej Kossygin und Außenminister Andrej Gromyko für die Sowjetunion unterzeichnen im Kreml den Moskauer Vertrag. Es ist der erste der sogenannten Ostverträge unter der SPD/FDP-Regierung. Es wird die Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen DDR und Polen wie auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten als unverletzlich anerkannt.

1980, 14. August: In Polen streiken viele Arbeiter wegen erhöhter Fleischpreise. Auf der Gdansker Lenin-Werft soll die Kranführerin Anna Walentynowicz, eine Symbolfigur der Streikbewegung des Jahres 1970, entlassen werden, weshalb dort der Ausstand an Fahrt gewinnt. Nach zwei Tagen gibt die Werksleitung der Forderung des Streikkomitees in der Lenin-Werft nach. Doch die Arbeitsniederlegungen sind nun so zahlreich im Land, daß sich aus dem von Lech Walesa angeführten Komitee ein »Überbetriebliches Streikkomitee« bildet, das 21 Forderungen an die sozialistische Regierung stellt: zum Streik-, Rede und Presserecht, zum Rentenalter, zu Lohnerhöhungen, Kindergrippen, Mutterschaftsurlaub u. a. Nach wechselvollen Verhandlungen kommt am 31.8. das »Gdansker Abkommen« zwischen Walesa und der Regierung zustande. Die in den Streiks entstandene Gewerkschaft »Solidarnosc« wird am 10. November durch die offizielle staatliche Registrierung legalisiert.

<https://www.jungewelt.de/artikel/148832.anno-32-woche.html>